

Am Dienstag im Kantonsrat

Nach langen Diskussionen wurde das Budget 2008 in der Fassung der vorberatenden Kommission verabschiedet. Der Steuerfuss sinkt um 10 Prozentpunkte, das Personal bekommt 1,6 Prozent mehr Lohn.

- Kinder- und Ausbildungszulagen sollen steuerfrei werden. Diese Forderung brachte die CVP gegen den Willen der Regierung mit einer Motion durch. Diese verlangt, der Kanton St.Gallen müsse dazu eine Standesinitiative in Bern erreichen.
- Die FDP wollte mit einer Motion die Einkünfte aus der Freiwilligenarbeit steuerlich entlasten. Feuerwehr, Sportverein usw. seien auf Freiwillige angewiesen. Was dafür bezahlt werde, sei kein Erwerbseinkommen, sondern eine Entschädigung. Die Regierung erklärte, dass das Steueramt bis zu 2200 Franken pro Jahr als Spesen anerkenne, die nicht zum Einkommen gezählt werden. Darauf lehnte der Rat die Motion ab.

- Die Videokünstlerin Pipilotti Rist bekommt im zweiten Anlauf aus dem Lotteriefonds 200 000 Franken an ihr Filmprojekt «Pepperminta». Gegen die Stimmen der SVP und einiger CVP-Ratsmitglieder wurde der Beitrag bewilligt. Im Juni hatte der Rat einen 300 000-Franken-Beitrag noch abgelehnt. Inzwischen haben Rheintaler Kulturfreunde privat 100 000 Franken gesammelt. Die übrigen Lotteriefonds-Beiträge mit einer Gesamtsumme von 6,12 Mio. Franken waren nicht bestritten.

- Ein Nachtragskredit zu den Mehrkosten der Sanierung und Erweiterung der Universität St.Gallen wurde abgelehnt. Die Regierung verlangte 1,4 Millionen, doch die Finanzkommission meinte, die Uni bekomme genug Betriebsbeiträge. Sie solle die Mehrkosten daraus bezahlen.

- Mit einem Nachtrag zum Gesundheitsgesetz wurde ein grundsätzliches Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Räumen und in Restaurants beschlossen. Die Gemeinden dürfen allerdings Raucherrestaurants bewilligen.

- Die Räume des Justiz- und Polizeidepartements am Oberer Graben in St.Gallen werden total saniert und das Departement bekommt einen Anbau. Das Projekt kostet insgesamt 57,2 Millionen Franken, das Provisorium weitere 1,1 Millionen. Der Rat genehmigte das Projekt ohne Opposition.

- In den Schlussabstimmungen wurden folgende Geschäfte verabschiedet: der Nachtrag zum Gerichts-gesetz. Der Antrag auf ein Ratsreferendum der SP kam nicht durch. Sie gab zusammen mit dem kantonalen Gewerkschaftsbund bekannt, nun Referendumsunterschriften zu sammeln; die Revision des Gewerbe-rechtes; die Erhöhung der Kinderzulagen; die Erweiterung und Sanierung des Berufs- und Weiterbildungszentrums Rorschach-Rheintal in Altstätten; die Varianten über den Ausbau der Sporthallen für die Kantonsschule Sargans; die Finanzierung der Geriatriischen Klinik des Bürgerspitals St.Gallen; der Nachtrag zum Gesundheitsgesetz; der Nachtrag zum Ratsbeschluss über die Zahl der Richter. (psg)

IN KÜRZE

«Der Kantonsrat hat (...) die Arbeitsgerichte abgeschafft und durch Schlichtungsstellen ersetzt. Gegen diesen Entscheid ergreifen verschiedene Arbeitnehmerverbände und Parteien das Referendum,» heisst es in einer Medienmitteilung der SP und des Gewerkschaftsbundes St.Gallen von gestern Abend. Die Referendumsfrist laufe voraussichtlich ab dem 4. Dezember. Man werde nun Verbände und Parteien kontaktieren, um eine starke Allianz zu bilden. (pd)

Weniger Steuern zahlen



Besprechung unter Regierungsräten: Finanzchef Peter Schönenberger (links) klärt Erziehungschef Hans Ulrich Stöckling über notwendige Ausgaben auf.



Prüfende Blicke bei Sarganserländer Kantonsräten: David Imper (links) und Valentin Rehli wollen es beim Budget ganz genau wissen. Bilder Regina Kühne

Das Budget 2008 des Kantons St. Gallen sieht ein Defizit von 13 Millionen Franken vor, dies nach einer Senkung des Steuerfusses um 10 Prozentpunkte, die der Kantonsrat gestern beschloss. Das Staatspersonal bekommt 1,6 Prozent mehr Lohn.

Von René Hornung

Die Finanzkommission hatte schon vor einem Jahr als Vorgabe eine Steuerfussenkung um fünf Prozentpunkte verlangt. Im interkantonalen Steuerwettbewerb stehe St.Gallen heute noch immer nicht sonderlich gut da. Der Thurgau sei wesentlich günstiger.

Die Regierung hatte in der Folge eine Steuerfussenkung um acht Prozentpunkte vorgeschlagen. Die vorberatende Kommission ging noch weiter und beantragte zehn Prozentpunkte weniger Steuern, denn dem Kanton gehe es bestens. Er verfügt über rund eine Milliarde Franken Vermögen und ist praktisch schuldenfrei.

Die Kommission bedauerte allerdings, dass das Ausgabenwachstum 0,5 Prozente über dem Wirtschaftswachstum liege, das wollte sie eigentlich vermeiden. Zu den guten Aussichten trägt vor allem der NFA des Bundes bei, der nächstes Jahr 153 Millionen Franken Sondereinnahmen bringt. Dazu kommen der innerkantonale Finanzausgleich und die Departementsreform, die die Ausgaben des Kantons beeinflussen. Das Staatspersonal erhält generell 1,6 Prozent mehr Lohn, dazu noch den Stufenanstieg und individuelle Verbesserungen. Insgesamt steigen die Personalausgaben um 3,1 Prozent.

Alle Fraktionen waren mit der ak-

tuellen Finanzlage zufrieden. CVP, FDP und SVP plädierten deshalb für eine Steuerfussenkung um 10 Prozentpunkte. Die SP wollte nur acht Prozentpunkte, denn die Erträge aus dem Finanzausgleich seien nicht allein dafür da, die Steuern zu senken. Es sollten daraus Infrastrukturausgaben finanziert werden, lautete die Forderung.

Regierungsrat und Finanzchef Peter Schönenberger wollte für 2008 ein Budget mit schwarzen Zahlen vorlegen und bedauerte, dass die weitergehenden Steuerfussenkung das positive Resultat wieder in rote Zahlen verwandeln werde. Er erinnerte einmal mehr auch daran, dass die Steuerfussenkungen sich auf den Steuerrechnungen nur beschränkt zeigen werden, in der kantonalen Kasse aber rasch grosse Löcher aufreissen.

Detailänderungen ohne Chance

In der Detailberatung wurden zuerst die Leistungsaufträge an die Pädagogische Hochschule und die Globalkredite für die Spitäler diskussionslos bewilligt. Auch das Strassenbauprogramm passierte. Das wieder eingeführte «Förderprogramm Energie», dotiert mit 10 Millionen, und das Projekt «Naturgefahren», dotiert mit 4 Millionen Franken, kamen ohne Opposition durch.

Danach setzte die Detaildiskussion um einzelne Ausgabenpositionen ein. Zuerst ging es um die zwei geplanten Praktikantenstellen bei der Staatskanzlei zur Unterstützung der Ständeräte. Damit wolle man die Interessen des Kantons stärken. Für diese Stellen sind 110 000 Franken budgetiert. Die FDP wollte diese Position halbieren, kam damit aber nicht durch.

Als nächstes wollte die SVP eine Stelle in der Fachstelle für Gleichberechtigung streichen. Die SP-Frauen aber auch Helga Klee (FDP, Berneck) und Regierungspräsidentin Kathrin Hilber wiesen auf die Bedeutung der Gleichberechtigungsstelle hin. Darauf wurde der Kürzungsantrag abgelehnt.

Die SVP bekämpfte einen Kredit für ein Abschiedsfest im Erziehungsdepartement. Sie wollte die 20 000 Franken um 5000 kürzen. Der abtretende Regierungsrat solle das Fest doch aus dem eigenen Sack bezahlen, so Fraktionssprecher Markus Blum (Mörschwil). Der Rat wollte aber nicht knausrig sein und strich nichts.

Weitere Lohnerhöhungen abgelehnt

Die SP-Fraktion wollte die Löhne der Staatsangestellten um 2 statt um 1,6 Prozent erhöhen. Die Teuerung sei nämlich mit 1,3 Prozent deutlich höher als ursprünglich angenommen, so dass die Realloohnerhöhung teuerungsbereinigt recht bescheiden sei. Maria Huber (SP, Rorschach) machte darauf als Präsidentin der Personalverbände aufmerksam. Die SVP reagierte prompt und verurteilte das «Gezeter» der SP: Den Angestellten in der Privatwirtschaft gehe es deutlich schlechter als den Staatsangestellten. Finanzchef Peter Schönenberger kritisierte vor allem Maria Huber, die sich in den Verhandlungen mit den 1,6 Prozent einverstanden erklärt habe, jetzt aber wieder mehr wolle. Sie sei als Verhandlungspartnerin so nicht glaubwürdig. Der Rat belies es darauf bei einem Lohnanstieg von 1,6 Prozent.

Anschliessend verlangte die CVP-Fraktion, die niedrigen Auto-Nummernschildern müssten endlich gewinnbringend versteigert und nicht wie bisher verlost werden. Alle Kan-

tone rundum hätten diese Einnahmequelle längst entdeckt, nur St.Gallen «kann es nicht», kritisierte Stephan Bärlocher (CVP, Bütschwil). Dabei habe man diese Versteigerung schon 2004 im Grundsatz beschlossen. So könnte der Kanton mindestens 1,35 Mio. Franken mehr einnehmen. Regierungsrätin Karin Keller erklärte, das Strassenverkehrsamt bekomme eine neue Software. Damit seien dann die monatliche Internet-Versteigerungen möglich. Daraufhin wurde der CVP-Antrag abgelehnt.

Die SP wollte dem Zepra mehr Geld zur Verfügung stellen. Dies als Konsequenz aus den Diskussionen über die Alkoholprävention vom Montag. Der Rat wollte die Stellen des Zepra aber erst 2009 aufstocken.

Steuern: Minus 10 Prozentpunkte

In der Debatte um den Steuerfuss setzte sich dann die bürgerliche Mehrheit von CVP, FDP und SVP mit der Senkung um 10 Prozentpunkte durch. Die SP distanzierte sich vom «Steuerfuss-Fetischismus» und wollte Investitionen in die Zukunft ermöglichen und die Senkung auf die von der Regierung zuerst beantragten acht Prozent beschränken. Vor allem Investitionen in den öffentlichen Verkehr seien für die Standortattraktivität wichtiger als der Steuerfuss. Die Linke setzte sich allerdings damit nicht durch.

Schliesslich wollte die FDP Vorgaben für das Budget 2009 machen. Doch Vorgaben nur um der Vorgaben Willen lehnten die anderen Fraktionen ab, so dass auch dieser Antrag scheiterte.

Zum Abschluss wurde der Finanzplan 2009-2011 ohne weitere Diskussionen genehmigt.

Doppelspur soll vorfinanziert werden

21 Kantonsräte wollen von der Regierung mittels einer Motion wissen, ob es eine Möglichkeit gibt, die Doppelspur Buchs-Sargans vorzufinanzieren.

Von Reto Neuraüter

Bereits im April 2005 verlangte eine Motion eine Vorfinanzierung, damals aber für das gesamte Rheintal. Die Regierung beantragte aber Anfang dieses Jahres Nichteintreten mit der Begründung, dass «der Bundesbeschluss vom 18. März 2005 über den Verpflichtungskredit für die erste Phase des HGV-Anschlusses den Baubeginn der beschlossenen Projekte bis spätestens 2010 und für die Ausbauten St. Margrethen-Sargans einen

Objektkredit von 70 Millionen Franken vorsieht».

Falsche Annahme

Die Motionäre glaubten, der geforderte Doppelspurausbau im Rheintal werde realisiert, und sie folgten dem Nichteintretensantrag der Regierung. Überraschung dann Anfang November, als bekannt wurde dass das vorgesehene S-Bahnkonzept ohne den geforderten Doppelspurausbau Buchs-Sargans realisiert werden soll.

Die Motionäre wissen wohl um Verbesserungen im Rheintal, bedauern aber, dass das Amt für öffentlichen Verkehr im Hinblick auf die Veränderungen Ende 2009 und Ende 2013 eine Planung aufgenommen hat mit dem Ziel, «die Erschliessung der Gemeinden Buchs-Sargans auf der Basis

des halbstündigen Busangebotes zu verbessern».

Abstimmung notwendig

Zudem werden im Rahmen des FL.A.Ch-Projektes derzeit von den ÖBB und dem Fürstentum Liechtenstein Infrastrukturstudien erarbeiten, damit der grenzüberschreitende Verkehr und Verbindungen verbessert werden. Die Motionäre betonen nun, dass «die Verlängerung des FL.A.Ch-Angebotes eine Abstimmung mit dem inländischen Angebot zwischen Buchs und Sargans notwendig macht».

Da zudem ein Streckenausbau Buchs-Sargans neben dem Regionalverkehr primär auch den Internationalen Zügen und dem Güterverkehr diene, strebe der Kanton eine gemeinsame Finanzierung an, welche alle

Nutzer miteinbeziehen soll. Die Motionäre stellen nun fest, dass der Kanton «ohne Bedürfnisabklärungen und ohne Miteinbezug der Gemeinden den öffentlichen Verkehr von der Schiene auf die Strasse verlagern möchte, mit all den bekannten Stau-problemen». Es sei daher absehbar, dass Umsteigewillige, welche den öffentlichen Verkehr benützten, aufgrund der längeren Fahrzeiten wieder mit dem Auto nach Sargans Richtung Zürich fahren würden.

Vor- oder Mitfinanzierung prüfen

Die Regierung wird nun aufgefordert, dem Kantonsrat den Entwurf eines Gesetzes oder eines Kantonsratsbeschlusses über die Vor- oder Mitfinanzierung des Doppelspurabschnittes Buchs-Sargans zu unterbreiten.